

Er scheint
wöchentlich 2 Mal
Dienstag und Freitag.)
Abonnementpreis
vierteljährlich 1 Mark.
Eine einzelne Nummer
kostet 10 Pf.
Inseratenannahme
Montags u. Donnerstags
bis Mittag 12 Uhr.

Wochenblatt

Er scheint
wöchentlich 2 Mal
(Dienstag und Freitag
Abonnementpreis
vierteljährlich 1 Mark
Eine einzelne Nummer
kostet 10 Pf.
Inseratenannahme
Montags u. Donnerstags
bis Mittag 12 Uhr.

Wilsdruff, Tharandt,

Rossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Amtsblatt

für die Königl. Amtshauptmannschaft zu Meissen, das Königl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff.

Zweihundvierzigster Jahrgang.

Nr. 100.

Freitag, den 15. Dezember

1882.

Bekanntmachung, die Geburtslisten für das Ersatzgeschäft betr.

Die **Pfarrämter** des hiesigen Bezirks werden auf die Bestimmung in § 45 7 der Ersatz-Ordnung mit dem Bemerkten andurch hingewiesen, daß ihnen die Formulare zu den Geburtslisten über die im Kalenderjahre 1886 geborenen Personen männlichen Geschlechts in den nächsten Tagen zugehen werden.

Meissen, am 7. Dezember 1882.

Königliche Amtshauptmannschaft.
v. Hoffe.

Tagesgeschichte.

Im Reichstag gabs am 9. Dezember bei den Verhandlungen über die neuen Steuerpläne und den Versuch, zweijährige Reichshaushaltungsvorschläge statt einjähriger einzuführen, heiße Köpfe und Reden. Alles hatte gehofft, der Reichszankler werde kommen und das Wort nehmen, er ließ sich aber krankheitshalber (Neuralgie) entschuldigen. Eugen Richter ergriff das Wort in langer, schneidender Rede gegen die betr. Pläne. Er verurtheilte heftig die vorgeschlagene Lizenzsteuer für die Schnapswirthe und für den Tabak; die Regierung, sagte er, wolle 93 000 Schnapswirthe besteuern, um 4000 Grobrenner zu schonen; die neue Besteuerung des Tabaks nannte er einen Schleichweg, um das Tabaksmonopol einzuschmuggeln; er eiferte gegen die vielen Luxusbauten, namentlich bei Kasernen und Offizierkasinos. Den Versuch eines zehnjährigen Reichsetats bezeichnete er als einen Krieg gegen das Ansehen des Reichstages, während doch ein angesehenes und einflussreiches Parlament für Erhaltung der Einheit der Nation und selbst für die Macht der Krone unentbehrlich sei. Man müsse daran denken, daß nach Bismarcks Tode kein anderer Mann solche Machtfülle in sich vereinigen könne wie Bismarck in seiner jetzigen Stellung. Schließlich rügte er, daß der Kriegsminister der Militärmusik erlaube, bei den Festen der Konservativen aufzuspielen, aber nicht bei den Festen des Fortschritts. Das widerlegte der Minister sogleich, er erklärte, die Fortschrittspartei habe ein Konzert zum „Besten der Agitationskasse“ der Partei veranstaltet und dazu sei die Militärmusik nicht hergegeben worden. Er fügte hinzu, in Küstrin sei dem einen Apotheker nicht wegen seines Liberalismus die Lieferung für die Garnison entzogen worden, sondern weil sich der andere Apotheker erbotten habe, die Drogen und Arzneien um 25 Proz. billiger zu liefern. — Staatssekretär Burchardt: Alle Ausgaben sind knapp bemessen, aber durch die Entwicklung des Reiches wachsen die Ausgaben. Die Ausführung der sozialen Gesetze zum Besten der Arbeiter, die Pensions- und Wittwenlastengesetze, die Anforderungen der Einzelstaaten an die Hülfe des Reiches mehren die Ausgaben, die Regierung muß diese Bedürfnisse befriedigen; „wir Minister haben kein Vergnügen an neuen Steuern.“ Bismarck hat schon früher erklärt: „Ist kein Bedürfnis vorhanden, so brauchen wir keine neuen Steuern; verneint der Reichstag das Bedürfnis, so sind wir der Arbeit, auf neue Steuern zu sinnen, enthoben.“

Im Reichstage erklärte sich auch Bennigsen, der Führer der Nationalliberalen, gegen den Versuch, die einjährige Etats-Periode aus der Verfassung hinaus zu interpretieren. Weder Regierung noch Reichstag, noch irgend ein Rechtslehrer, sagte er, hätten bisher an eine solche Auslegung gedacht. Man dürfe nicht so lockere Ansichten über Verfassungsrecht einreißen lassen. „Das Recht des Reichstages ist ein klares, gutes Recht, der Reichstag darf sich nicht zu einer Körperschaft 2ten oder 3ten Ranges herabsetzen lassen und nicht auf Dinge verzichten, welche den Parlamenten aller größerer Staaten zu ihrer Existenz unentbehrlich sind.“ (Er erklärte in nächster Sitzung sich berichtigend, einen Staatsrechtslehrer gebe es allerdings, der sage: „Dem Wortlaut der Reichsverfassung würde es nicht widersprechen, wenn in einer Sitzungsperiode die Etats für die beiden folgenden Jahre, getrennt vorgelegt, festgestellt würden.) Windthorst spricht sich namens des Centrums gegen das Doppelletat aus und hält eine Verfassungsänderung für nöthig, wenn das Doppelletat eingeführt werden sollte. Vom neuen Zolltarif sagt er, daß er günstig auf die Ausfuhr gewirkt habe. Staatssekretär Burchardt verweist auf den Aufschwung des wirtschaftlichen Lebens und sucht die Behauptung zu widerlegen, daß dieser Aufschwung trotz des neuen Zolltarifs und nicht durch denselben entstanden sei.

Berlin, 12. Dezember. Se. Maj. der Kaiser bewilligte für die durch das Hochwasser beschädigten Bewohner der Rheinprovinz aus seiner Schatzkammer fünfzehntausend Mark.

Preußen hat beim Bundesrathe beantragt, den Holzzoll für Rohholz von 10 auf 30 Pf., für bearbeitetes Holz von 25 auf 50 Pfg. a Doppelzentner zu erhöhen.

Die Reichsregierung hat im Reichstage eine recht empfindliche Niederlage erlitten. Mit der erdrückenden Mehrheit von 229 gegen bloß 43 Stimmen wurde der Eintritt in eine Berathung des Etats für 1884/85 abgelehnt. Daß sich die Majorität des Reichstags gegen den Regierungsvorschlag erklären würde, stand nach dem Bekanntwerden der Haltung des Centrumsführers in Aussicht; allein man war der Meinung, daß doch eine stattliche Minorität sich für die Regierung

erklären werde. Nur ein Theil der Konservativen hat in diesem Sinne gestimmt. Die ultramontane „Germania“ erblickt in dem Vorgange eine „grelle Beleuchtung des Mangels an Fühlung zwischen der Regierung und den maßgebenden politischen Parteien, und zwar nicht in angenehmer Weise, überrascht habe.“ Die liberale Presse erblickt in der Abstimmung einen Beweis dafür, daß das Interesse „an formalen Verfassungsfragen vor dem an wirtschaftspolitischen und ähnlichen Problemen durchaus noch nicht verschwunden sei.“

Rudolph Herzog in Berlin hat für die Ueberschwemmten am Rhein 10,000 Mark beigeuert.

Der Abgeordnete Ackermann, welcher seit einer Reihe von Jahren die Stelle eines Syndikus der Dresdner Börse bekleidet und den Antrag auf prozentuale Besteuerung der Börsengeschäfte mitunterzeichnet hat, sollte deshalb „gemäßregelt“ werden. Man hatte eine mit zahlreichen Unterschriften bedeckte Petition an den Vorstand der dortigen Börse gerichtet, daß diese Stellung anderweit besetzt werde. Herr Hofrath Ackermann ist, wie der „B. B. C.“ erfährt, den absehungslustigen Herren entgegengetroffen und hat seine Demission telegraphisch angezeigt.

Zu den Plagen der Wassernoth in Paris gehören, wie von dort geschrieben wird, auch die Ratten, welche längs der Quais in die Häuser dringen, auf den Treppen und in den Wohnungen Furcht und Abscheu verbreiten. An an einigen Orten treiben sie ihr Wesen so arg, daß mit Fleischhunden Jagd auf sie gemacht wird; aber die aus ihren Schlupfwinkeln aufgestörten Nagethiere sollen theilweise so stattlich sein, daß manche Hunde vor ihnen Reißaus ergreifen.

Daß ein Gemeinderath in corpore einen Religionswechsel vornimmt, ist gewiß eine Seltenheit, die registriert zu werden verdient. Der Fall hat sich in der französischen Gemeinde Chatel-Suyon zugegetragen. Dort hat der ganze Gemeinderath den Beschluß gefaßt, die katholische Religion zu verlassen und sich zum Protestantismus zu bekehren. Einstimmig hat er ferner beschlossen, das ein Tempel für den protestantischen Gottesdienst erbaut werden soll. Der Maire wird aufgefordert, einen Entwurf zum Bau desselben anfertigen zu lassen, und eine Kommission ist ernannt, um eine vorläufige Stelle für den protestantischen Gottesdienst ausfindig zu machen.

In den letzten 3 Monaten sind in Rußland die öffentlichen Kassen um 27 Millionen betrogen und bestohlen worden.

Stürme aller Art, Regen und Schnee sind die Herrscher des Jahres 1882 bis zum Ende. Im Kanal hat ein deutscher Dreimaster im Schneesturm Schiffbruch gelitten. Die Mannschaft rettete sich auf ein Boot, wurde von einer Fischerbarke aufgenommen und nach Calais gebracht. — In England und namentlich in Schottland sind alle Bahnen und Straßen durch furchtbaren Schneefall verschneit, der Schnee liegt zum Theil 7—8 Fuß hoch. Aller Verkehr unterbrochen.

Wer in Irland einen Mörder zum Tode verurtheilt, ist seines Lebens nicht sicher. Niemand mag deshalb Geschworener werden. Zum letzten Schwurgerichte in Dublin erschienen von 200 Geschworenen nur 117, alle andern ließen sich lieber zu je 20 Pfund Sterling Strafe verurtheilen.

Madrid, 12. Dezember. Eine Feuersbrunst, die im Kriegsministerium ausgebrochen war, zerstörte die Bibliothek und einen Theil der Archive. 20 Personen wurden verwundet.

Neben Arabi Pascha sind nun auch die anderen Anführer der ägyptischen Wirren, Ali Fehmi Pascha, Sami Ali Pascha, Tulba und Abdellal Pascha, vom Gerichtshof zu Kairo „verurtheilt“ worden. Auch über diese letzteren sprach der Gerichtshof das Urtheil aus, aber auch sie wurden, gleich Arabi, vom Khedive zu lebenslänglicher Verbannung begnadigt; sie sollen nach der Insel Ceylon geschickt werden. Nur den Mitangellagten Jacub Sami Pascha und Mahmud Fehmi Pascha, welche als die Hauptträger der Insurrektion gelten, will die Sonne der Gnade nicht leuchten, sie sollen demnächst vor ein besonderes Kriegsgericht gestellt werden. Riaz Pascha, der ägyptische Premier, welcher am liebsten den Strick um den Hals Arabi Paschas und seiner Mitschuldigen gesehen hätte, hat aus Verdruss über die bedingte Freisprechung der Häupter der Insurrektion seine Entlassung eingereicht, welche jedoch vom Khedive noch nicht angenommen worden ist. — Ueber den Aufstand im Sudan laufen die Nachrichten nur spärlich ein, doch scheint die Sache der ägyptischen Regierung hier nicht gut zu stehen, denn es sind acht weitere Bataillone nach dem aufständischen Gebiete beordert worden.